

# blick nach rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 21, 18. Oktober 2001

## Einblicke

### Lebendiges Zeugnis

Von Ralf Bachmann

Eine einfache Rechnung: Wer als zehnjähriges Kind die geborstenen Schaufensterscheiben von Bamberger & Hertz, die rauchenden Trümmer verbrannter Synagogen, die blutenden Wunden zusammengeschlagener Juden nach der „Reichskristallnacht“ gesehen hat, muss heute über 70 sein. Wer das Geschehen um den Reichstagsbrand bewusst miterlebte, ist jetzt älter als 80. Die Zeitzeugen des Dritten Reiches von Hitlers Machtergreifung bis Shoah und Weltkrieg werden nicht nur immer älter, sondern vor allem auch immer weniger. Bei Lehrern, Historikern, Politikern, bei allen, die für die Bewusstseinsbildung der jungen Generation verantwortlich sind, sollten da Alarmglocken schrillen.

Wird das lebendige Zeugnis der Alten je durch bedrucktes Papier, durch Zitate in Lehrbüchern, durch Tonbänder und Videoclips auch nur annähernd zu ersetzen sein? Nein! Man muss die Heranwachsenden, deren tägliche Kontaktpartner ihre politischen Erkenntnisse oft nur an den Stammtischen der Eckkneipen gezapft haben, in direkten Begegnungen mit den Erfahrungen der noch lebenden Opfer konfrontieren, um sie immun gegen die Holocaust-Leugner zu machen. Weit mehr als die Hälfte unseres Volkes war zur Zeit von Auschwitz und Treblinka noch nicht geboren.

Hier fällt auch dem neuen Jüdischen Museum eine segensreiche Mission zu. Seine wichtigsten Exponate, Spenden aus Familientruhen, sind schlichte Alltagsgegenstände: Briefe, Fotos, Dokumente. Doch aus ihnen sprechen Menschen – Ermordete, Überlebende, ins Exil Gejagte –, formen sich Menschenschicksale. Das ist kein kulinarisches Museum, wo sich Ästheten an Schönerem sattsehen können, sondern ein Stachel wider das Verdrängen. Da werden harte Fragen gestellt und eindeutige Antworten verlangt. Nutzen wir das Museum für den Dialog der Generationen. Geben wir ihm neuen Schwung, weil es einmal zu spät sein kann, aus politischen und aus biologischen Gründen.

### Unternehmermoral

Die Schweizer Chemiebranche hat mit dem NS-Regime gute Geschäfte gemacht.

Seite 2 ■

### Völkische Trommeln

Das „Arcana Europa“-Festival bietet erneut ein Forum für braune Bands der schwarzen Szene.

Seite 3 ■

### Zweifelhafter Ruf

Amtsrichter hält den rechtsextremen Daueraktivisten Dennis Entenmann nach wie vor für bewährungsfähig.

Seite 5 ■

### Allianz gegen Europa

Für den französischen „neu“rechten Chefideologen Faye hat sich der Hauptfeind USA mit dem Islam verbündet.

Seite 6 ■

### Spuren im Dunkeln

Neue Dokumente über den Verbleib des Gestapo-Chefs Heinrich Müller sind aufgetaucht.

Seite 12 ■

### Meldungen

Seite 15 ■

blick nach rechts

Herausgeber: Institut für Information  
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel  
Redaktion: Gabriele Nandlinger

**NS-Vergangenheit****Skrupellose Firmen**

**Die Schweizer Chemiebranche hat gute Geschäfte mit den Nazis gemacht. Über deren Gräueltaten wussten die Unternehmen Bescheid.**

Es begann mit der eidgenössischen Flüchtlingspolitik. Warum, wurde in den 70er Jahren gefragt, wurden Flüchtlinge rigoros ins „Dritte Reich“ zurückgeschickt, selbst wenn ihnen dort der Tod drohte? Und warum wurden Polizisten und Diplomaten bestraft, die trotz der unbarmherzigen Politik Flüchtlinge heimlich ins Land ließen oder ihnen zu Visa verhalfen? Die Antworten aus Basel und Zürich lauteten übereinstimmend: Das Boot war voll. Die Diskussion schlief danach ein. In den 80er Jahren gerieten Schweizer Versicherungen ins Visier. Wo, so wurde gefragt, sind die Vermögen von vor allem jüdischen NS-Opfern? Nach langem Zögern folgten Ausreden. Man wisse das nicht, könne alte Unterlagen nicht finden, bitte um Hilfe möglicher Anspruchsberechtigter. Die meldeten sich und der Skandal wurde öffentlich. Große Versicherungen hatten das Geld der Toten schlicht einbehalten. Nun war die Lawine nicht mehr aufzuhalten. Die großen Banken mussten glänzende Geschäfte mit den Nazis einräumen. Es wurde schließlich eine unabhängige Kommission eingesetzt, die grundsätzlich klären sollte, wie die Beziehungen zwischen der Eidgenossenschaft und den Nazis gewesen sind. Nun steht die neben Versicherungen und Banken besonders einflussreiche Baseler Chemiebranche am Pranger.

Nach den Erkenntnissen der Kommission haben die Auslandsniederlassungen der Firmen Geigy, Ciba, Sandoz und Roche den Nazis immer wieder Konzessionen gemacht, um ins Geschäft zu kommen oder im Geschäft zu bleiben. Es wurden jüdische Mitarbeiter entlassen, jüdische Aktionäre hinausgeworfen oder ausgezahlt, Zwangsarbeiter eingestellt – je nachdem, was verlangt wurde.

Alles begann bereits unmittelbar nach der politischen Wende Ende Januar 1933. Der Verwaltungsrat und kaufmännische Direktor der Firma Geigy, Carl Koechlin, war Anfang 1933 in Berlin, um herauszubekommen, wie es mit dem Zweigwerk in Grenzach weitergehen werde. Koechlin berichtete, man solle Verständnis dafür haben, dass die neu-

en Machthaber bei den Staatsverwaltungen hätten „durchgreifen“ müssen. Dort seien es die führenden Sozialdemokraten und Kommunisten gewesen, die Juden „nachgezogen“ hätten. Ähnlich sei es in der Wissenschaft und bei den Studenten gewesen. Bilanz: Nun habe man „überall das Gefühl der unbedingten Sicherheit, Ruhe und Entschlossenheit. Auch scheint das ganze Volk von einer Depression befreit zu sein. Dies macht sich in der ganzen Haltung und im Aussehen bemerkbar.“ Mit keiner Silbe erwähnte der Industrielle, dass während seines Berlin-Aufenthalts 25 000 Bücher jüdischer und linker Autoren verbrannt und die freien Gewerkschaften zerschlagen worden sind.

Nach Basel zurückgekehrt, wurden die geknüpften Kontakte zu Berlin sorgsam gepflegt. Im Dezember 1933 folgte die Bitte um „Genehmigung für Herstellung von Farbstoffen für die Bekleidung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei“. Voraussetzung dafür war der „Ariernachweis“, den die Firmenzentrale in Basel prompt lieferte. Danach liefen die Geschäfte.

Ciba, ebenfalls Basel, hatte sich unter anderem auf Medikamente spezialisiert und unterhielt einen großen Zweigbetrieb im polnischen Lodz. Nach dem Überfall auf Polen vom 1. September 1939 berichtete die polnische Filiale regelmäßig nach Basel und zwar auch über das Ghetto, das dort kurz nach der Besetzung eingerichtet worden war. Dass die Baseler Zentrale auch die Pensionskasse der polnischen Filiale der „Deutschen Arbeitsfront“ der Nazis auslieferte, ist erst jetzt herausgekommen.

Bei Sandoz gehört zur Firmengeschichte die enge Zusammenarbeit mit dem Mordprogramm der Nazis an Kranken, dem „Euthanasieprogramm“. Obwohl die Firma von den Massenmorden wusste, ließ sie in zwei deutschen Kliniken ein Epilepsie-Medikament testen. Dabei war dem Unternehmen bekannt, dass die Versuchsoffer anschließend umgebracht wurden. Ciba kannte die Versuche im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Doch nutzte die Firma 1942 die Chance, zwei Sulfonamide an Häftlingen zu erproben – unter anderem mit Gasbrandbakterien. Die Experimente verliefen oft tödlich. Auch Zwangsarbeiter sind bei Schweizer Chemieunternehmen „beschäftigt“ worden.

Die Kommission hat inzwischen sieben Berichte veröffentlicht. Weitere werden folgen. Die Eidgenossen kommen nicht zur Ruhe.

*Heiner Lichtenstein*

## Hintergrund

## „Nacht und Nebel“

**Das „Arcana Europa“-Festival bietet ein Forum für braune Bands der schwarzen Szene. Im vergangenen Jahr hat die Europäische Union die Veranstaltung mit Fördergeldern in Höhe von 22 700 EURO unterstützt.**

Auch in diesem Jahr luden die Macher des „Arcana Europa“-Festivals einige rechtslastige Bands der Dark-Wave/Neo-Folk-Szene nach Spanien ein. Das Line-Up bestand diesmal unter anderem aus „Camerata Mediolanense“, „In Gowan Ring“ und „Hekate“. Für die Konzerte auf Schloss San Servando, das für das passende mittelalterliche Ambiente sorgen sollte, waren somit Musikprojekte angekündigt, die in der Vergangenheit einschlägig in rechtsextremen oder gar neonazistischen Zusammenhängen in Erscheinung getreten sind. Eingefunden hatten sich zu dem Konzertwochenende, das von der Kulturvereinigung Los Cantos de Maldoror Mitte September im südlich von Madrid gelegenen Toledo organisiert wurde, zwischen 500 und 600 Besucher. Bereits im vergangenen Jahr tummelte sich das rechte Spektrum der Gothic-Szene (unter anderem „Allerseelen“, „Sol Invictus“) auf dem Festival. Besonders bemerkenswert dabei: es stellte sich heraus, dass die Europäische Union die Veranstaltung mit Fördergeldern in Höhe von stattlichen 22 070 EURO unterstützt hatte.

„Camerata Mediolanense“ stammen aus dem italienischen Mailand und scharen sich um die Sängerin Elena Previti. Die Band sorgte im vergangenen Jahr für Aufsehen, als sie dem „Blood&Honour Magazin Deutschland“ (Nr. 9) ein Interview gab. Darüber hinaus spielten die Mailänder im Juli 2000 in Varese (Italien), wo die Europäischen Synergien ihre Sommeruniversität abhielten. Ein Jahr später traf sich dort in der Lombardei die italienische Sektion des neurechten Netzwerkes und auch sie wollte auf den trommellastigen Sound der braunen Grufties nicht verzichten. Außerdem buchten die Veranstalter des Leipziger Wave-Gotik-Treffens die Band für ihr diesjähriges Pfingstfestival, auf dem in schöner Regelmäßigkeit neben harmlosen Gothicbands rechtslastige Vertreter des Genres auftraten. Mark Schenke setzte in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (Nr. 25/01) in einer Festival-Nachlese große Hoffnungen auf die Mailänder Band:

„Schlagwerk und eine geschulte Frauenstimme wachsen zu einem Ganzen: Schwermut mit südlicher Lebensart gepaart. Trotz mäßiger Bühnengestaltung und -inszenierung zeigt sich ein ungeheures Potenzial (...) Im Publikum massenweise gescheiterte, hagere Männer in Flecktarnjacken, ein Stil, wie er von 'Death in June', einer Gruppe mit Kultstatus, geprägt wurde.“

Die Koblenzer Neofolk-Band „Hekate“ gastierte zu Pfingsten ebenso in Leipzig. Im Juli 2000 waren einige Bandmitglieder in Tarancon, dem Schauplatz des letztjährigen „Arcana Europa“-Festivals. Dabei griffen sie „Allerseelen“ – ein Projekt hinter dem sich der Wiener Gerhard Petak alias Kadmon verbirgt – bei dessen Auftritt unter die Arme. Petak schwärmt in seinen Pamphleten von den SS-Esoterikern Karl Maria Wiligut und Otto Rahn, huldigt dem rumänischen Faschistenführer Corneliu Zelea Codreanu, dem Faschismus-Vordenker Julius Evola und Leni Riefenstahl. Als Gastautor tauchte der Österreicher in der „Jungen Freiheit“, den „Staatsbriefen“ und in „Opposition“ auf. Arne Thau von „Hekate“ mag Gerhard Petak. In einem englischsprachigen Interview, das auf der offiziellen Homepage der Band nachzulesen ist, sagt Thau: „Ich kenne Kadmon jetzt schon länger als fünf Jahre und schätze seine ausgeprägte Persönlichkeit sehr – auch wenn ich seine Ansichten nicht immer teile – ,deswegen war es selbstverständlich, dass ich zusagte, als er fragte, ob ich bei 'Allerseelen' trommeln könnte (...)“ (Übers.d. Verf.).

„In Gowan Ring“ ist ein Projekt, das sich aus Musikern der US-amerikanischen Band „Blood Axis“ zusammensetzt. Deren Galeonsfigur Michael Moynihan gilt als eine der schillerndsten Figuren der braunen Dark-Wave-Szene. Auch er hat ein Faible für die Nazi-Esoterik, preist die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten und stellt die Zahl der Holocaust-Opfer in Frage. „In Gowan Ring“-Mitglied B'eirh blies auf einem Album von Markus Wolffs Projekt „Waldteufel“ die Flöte. Im Black-Metal-Magazin „Germanenmacht“ (Ausgabe 2/97) gab Markus Wolff, der in Deutschland aufwuchs und momentan im amerikanischen Portland residiert, folgendes zum Besten: „Mein Stolz als Deutscher ist mehr ein völkischer Stolz als Glied einer langen Blutskeite, die bis in die goldene Vorzeit reicht“.

Für den 19. September lud die Münchner „Pagan Organization“ zu einer „Nacht und Nebel Tanz und Konzernacht“ ins Ulmer „Cat“. Special Act

des Abends war „In Gowan Ring“: „Magischer Elfenfolk aus dem Blood Axis/Waldteufel-Umfeld!“ hieß es in der Ankündigung.

Als Veranstalter des „Arcana Europa“-Festivals fungiert die Asociación Cultural Los Cantos de Maldoror. Der Kulturverein aus Madrid besteht seit 1997 und sieht sich als Plattform für Künstler, wobei man vor allem mit Musikern zusammenarbeitet. Dabei wollen es die Spanier freilich nicht bewenden lassen. Sie haben ins Auge gefasst, zusammen mit Gleichgesinnten ein internationales Netzwerk zu schaffen und haben dabei schon erste Erfolge gezielt. Die Zahl der Mitglieder ist von anfangs neun auf mittlerweile etwa hundert angewachsen. Im „Arcana Europa Magazine“, das vergangenes Jahr erschien, kritisierte der Vereinspräsident Alberto Monreal Losa die Moderne und war der Ansicht, dass „die Welt ein Konzentrationslager mit dem Erscheinungsbild eines Verbrauchermarktes wurde.“

### ■ „Völkischer Stolz als Glied einer langen Blutske"te" ■

Im Vorfeld des letztjährigen Festivals hatte die Europaparlamentarierin der Grünen Elisabeth Schroedter auf den Internetseiten des Veranstalters das Logo der EU entdeckt. Daraufhin machte sie die Europäische Kommission auf das Konzertwochenende aufmerksam und erkundigte sich, inwieweit es mit EU-Fördergeldern unterstützt worden sei. Da eine Antwort trotz mehrmaligen Nachfragens ausblieb, wandte sich Schroedter im November 2000 mit einer parlamentarischen Anfrage an die Kommission. Erst im März kam die Antwort und die hatte es in sich: die Konzertveranstalter von Los Cantos de Maldoror wurden aus den Töpfen der Initiative „Jugend für Europa“ mit einem Betrag in Höhe von 22 070 EURO gefördert. Das Pikante dabei: eigentlich sollen mit diesen Mitteln Jugendgruppen unterstützt werden, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren. Da die Kommission nicht beabsichtigt, das Geld zurückzufordern und gerichtlich gegen die Festivalveranstalter vorzugehen, hat Elisabeth Schroedter den Europäischen Rechnungshof und den Ombudsman eingeschaltet. Momentan prüft die unabhängige Betrugsbekämpfungseinheit OLAF, ob Kommissionsbediensteten möglicherweise Betrug oder Fehlverhalten zur Last gelegt werden kann.

Roland Lory

### „Aktivitäten

## „Letztes Aufbäumen“

### Neonazi propagiert offen Gewalt

Vermehrt seien Neonazis in Nordrhein-Westfalen auch mit eigenen Publikationen aktiv, hat der Landesverfassungsschutz beobachtet. Mit dabei war ein Neonazi, der derzeit untergetaucht ist. „Final Call – Die neue Ordnung“ nannte sich das Blatt, das Anfang des Jahres im Raum Dortmund auftauchte und als dessen presserechtlich Verantwortlicher Michael Krick (24) zeichnete. In „Final Call“ wird Krick zwischen Interviews mit Skinhead-Bands, CD-Besprechungen und politischen Texten so zitiert: „Ich glaube an den Endsieg! Es wird einige Blutopfer kosten. Die derzeitige Hetze zeigt mal wieder, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das System handelt wie eine in die Enge getriebene Ratte. Das letzte Aufbäumen.“

Bekannt geworden ist nur eine Ausgabe des Blattes. Krick verschwand von der Bildfläche. Zumindest zeitweise, so der Verfassungsschutz, habe er sich in den Niederlanden aufgehalten. In Deutschland wird er mit zwei Haftbefehlen gesucht, weil er sich Verhandlungen vor den Amtsgerichten Trier und Dortmund entzog. Dabei sollte es um das Vorrätighalten verbotenen Propagandamaterials und um das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gehen. Inzwischen wurde gegen Krick ein weiteres Ermittlungsverfahren eingeleitet: Bei einer Veranstaltung deutscher und holländischer Neonazis hatte er seinen Kameraden ganz unverhohlen die baskische Terrorgruppe ETA als Vorbild empfohlen (vgl. BNR 12/01). „Greift das System und seine Knechte an, wo immer es geht. Auch die, die gegen unsere Rasse vorgehen und sie zu vernichten suchen – Staatschmutz, Staatsanwälte und Richter – haben Namen, Adressen und Familien. Macht ihnen klar, dass wir das ganz einfach nicht mehr dulden. Eurer Fantasie sind hierbei keine Grenzen gesetzt“, sagte Krick.

Gerade einmal 19-jährig hatte Krick den „Faelischen Beobachter“ herausgegeben. Das Titelblatt „schmückte“ ein Hitler-Bild samt Schäferhund, das Heftinnere strotzte vor Antisemitismus. Das Heft brachte ihm 1997 eine Verurteilung unter anderem wegen Volksverhetzung und der Verunglimpfung des Staates ein.

Tomas Sager

**Aktivitäten****Daueraktivist**

**Ein Calwer Amtsrichter hält den Neonazi Dennis Entenmann trotz immer wieder neuer Straftaten nach wie vor für bewährungsfähig.**

„Tötet F. – er hetzt gegen Nazis und hängt mit Russen und anderem Gesindel herum!“. Das forderte der Neonazi Dennis Entenmann 1999 auf seiner Internet-Seite. Als Anreiz für potenzielle Killer bot er auch noch 15 000 Mark Belohnung. Eine genaue Personenbeschreibung und Tipps zu Aufenthaltsorten sollten die Tat erleichtern. Ein paar Tage saß Entenmann deshalb auch in Untersuchungshaft, dann ließ man ihn wieder laufen. Der Mordauftrag aus dem schwäbischen Calw sorgte bundesweit für Aufsehen, das Ende des Falles schaffte nicht mal den Sprung in die Lokalzeitung.

Schon im März 2000 stand Entenmann deshalb vor dem Amtsgericht Calw. Ihm waren als Betreiber eines rechten Versandhandels nicht nur die einschlägigen Straftaten vorgeworfen worden, er hatte quer durchs Strafgesetzbuch gewütet, vom Betrug bis hinzu Wertzeichenfälschung und Gewaltdarstellung. Insgesamt ging es neben dem Aufruf zum Mord um 77 (!) weitere Delikte. Das Urteil war milde: zwei Jahre Jugendstrafe auf Vorbewährung.

Vorbewährung ist eine besondere Variante des Jugendstrafrechts. Um einen jungen Menschen nicht gleich ins Gefängnis zu schicken, prüft der Richter rund ein halbes Jahr nach dem Prozess, ob der Verurteilte in der Zwischenzeit wieder straffällig geworden oder sauber geblieben ist. Bei weiteren Straftaten geht es normalerweise direkt in den Jugendknast.

Erst eineinhalb Jahre nach dem Urteil, Ende Juli 2001, war es dann endlich auch bei Dennis Entenmann soweit. Der Calwer Amtsrichter Gawronski nahm sich noch einmal die Akte vor und entschied: Entenmann bleibt auf freiem Fuß! Die Staatsanwaltschaft hatte sich zuvor gegen eine Bewährung ausgesprochen, doch das ließ den Richter kalt. Die Begründung des Juristen: Der 22-Jährige, der inzwischen im fränkischen Iphofen wohnt, sei seit dem ersten Prozess nicht mehr verurteilt worden. Das stimmt, ist aber auch nicht weiter verwunder-

lich. Denn zwischen einer Straftat und dem rechtskräftigen Urteil liegen schnell mal zwei Jahre.

Laufende Ermittlungsverfahren gegen ihn gibt es allerdings genug. Zuletzt war die Wohnung von Entenmann im Frühjahr vom Landeskriminalamt in Stuttgart auf den Kopf gestellt worden. Nachdem auf der Internetseite des „Deutschen Freundeskreises Schwaben“ (DFS) volksverhetzende Inhalte entdeckt worden waren, hatte man auch bei Vorstandsmitglied Entenmann durchsucht. Computer, Handys und weiteres Beweismaterial waren sichergestellt worden. Noch in diesem Jahr will die Stuttgarter Staatsanwaltschaft das Verfahren abschließen. Nach seiner Verurteilung im März 2000 hat sich der Neonazi außerdem nicht, wie oft von Gerichten gefordert, von der Szene distanziert. Im Gegenteil, er legte sogar erstaunliche Aktivitäten an den Tag. Zeitweise gab es von ihm fast täglich eine neue Internetseite. In Iphofen wurden Heßmärsche angemeldet und Plakate geklebt. Aufkleber mit Entenmanns Postach-Adresse forderten „Freiheit für Kay Diesner“.

### ■ „Keine Gesinnungsjustiz“ ■

Gleichzeitig sind die Aktivitäten des 22-Jährigen aber nicht mehr ganz so blindwütig wie früher. So führt er den Landesverband Bayern des Bündnis Rechts, eine Gruppe die alle Rechten zusammenführen will. Zitat Entenmann: „alle einigungswilligen Patrioten werden sich früher oder später dem Bündnis Rechts anschließen“. Tatsächlich bewirkt man genau das Gegenteil. Viele sehen das Bündnis Rechts als ein Sammelbecken der zwielichtigsten und umstrittensten Personen der Szene. Auch Entenmann genießt bestenfalls einen fragwürdigen Ruf. Seinen ehemaligen Kameraden Peter Maaßen aus Dortmund (Die Unabhängigen Konservativen) hat Entenmann mit Strafanzeigen bombardiert. Ihn sieht er auch als Drahtzieher der Durchsuchungsaktion beim DFS. In der „politischen Zeitschrift“ des „Bündnis Rechts“, dem „Lübscher Aufklärer“ veröffentlicht Entenmann regelmäßig „offene Briefe“ oder Interviews mit Kameradschaften.

Für den Calwer Amtsrichter Gawronski reichte das alles aber nicht aus, um dem Daueraktivisten mal eine Ruhepause auf Staatskosten zu gönnen. „Man darf als Richter aktiv sein, solange keine Straftaten verübt werden“, begründet der Richter seine Geduld, „wir machen ja keine Gesinnungsjustiz!“.

*Benny Bender*

**Hintergrund****„Schicksal Europas“**

**Teile der europäischen „neuen“ Rechten haben sich deutlich radikalisiert. Angestrebt wird eine „kontinentale Föderation“ gegen USA und Islam.**

Der Futurismus war die erste organisierte Strömung der kulturellen Avantgarde, hervorgetreten ebenso durch theoretische Manifeste wie durch künstlerisches Schaffen. Wichtige Vertreter des Futurismus gehörten zu den Mitbegründern der faschistischen Partei Italiens. Der Blick zurück in die griechische Antike, in archaische Zeiten wiederum, ist unverzichtbar für die heutige „Neue“ Rechte, wenn es um die Gesellschaftsentwürfe für die Zukunft geht. Die Kombination aus beidem, den von ihm so benannten und umgehend als Buch vorgestellten „Archäofuturismus“ (Paris, 1998), präsentiert seit drei Jahren unermüdlich der Franzose Guillaume Faye, der früher neben Alain de Benoist der wichtigste Ideologe dieser Modernisierungsströmung der extremen Rechten war.

Vor drei Jahren tauchte Faye aus einer scheinbaren Versenkung wieder auf. 1986 hatte er sich aus dem GRECE, der einflussreichsten französischen Organisation der „Neuen“ Rechten, ohne weitere Erklärung verabschiedet, es folgte ein langer Rückzug aus der politischen Szene bis 1999. Strategisch geschickt hatte er sein Comeback vorbereitet; einige lange Interviews in Zeitschriften der Nationalrevolutionäre und der „Neuen“ Rechten läuteten es ein. Seine Thesen machten schnell die Differenzen zum heutigen GRECE deutlich. Wo dieser ebenso dauerhaft wie vergeblich versucht, den Vorwurf seiner integralen Zugehörigkeit zur extremen Rechten zu entkräften, redet Faye Klartext.

Während der GRECE in einem mühevollen intellektuellen work in progress eine ideologische Metamorphose vom biologistischen zum kulturalistischen Rassismus vollzog, behauptet Guillaume Faye knapp und direkt eine „Kolonisation Europas“ durch die „Fünfte Kolonne“ der so genannten Dritten Welt sowie eine „kulturelle Subversion“ durch den Islam. Während Faye in den achtziger Jahren derjenige gewesen war, der am vehementesten für eine positive Neubewertung der arabischen Staaten und des Islam durch die „Neue“ Rechte plädierte, verkündet er heute, der Zerfall der Sowjetunion

habe zu einer geopolitischen Kräftekonstellation geführt, die den übrig gebliebenen Hauptfeind, die USA, zum objektiven Verbündeten des Islamismus gemacht habe. Übereinstimmend mit dem Wissenschaftler Alexandre Del Valle behauptet Faye, die Vereinigten Staaten und der Islam bildeten eine Allianz gegen Europa.

Im Gegensatz zur deutschen „Neuen“ Rechten ist der Nationalismus der Nouvelle Droite und ihrer Epigonen in anderen Ländern nie völkisch oder nationalstaatsbezogen gewesen. Zentraler Bezugspunkt für das Handeln war vielmehr stets das politische Konstrukt „Europa“, dessen Dimensionen nach den Ideen Fayes in Form eines „eurosibirischen Kontinentalblocks“ bis nach Wladiwostok reichen sollen. In deutscher Übersetzung liegt seine „Neue Rede an die europäische Nation“ vor. Die 1985 erschienene Originalausgabe ist durch eine erheblich erweiterte Neuauflage ersetzt worden, in der die „neu“rechte „Metapolitik“ weitgehend durch die Geopolitik verdrängt wurde. Faye sieht sich durch objektive Gegebenheiten zu diesem Paradigmenwechsel veranlasst. Für den Zeitraum zwischen 2015 und 2030 sagt er nämlich eine „Konvergenz der Katastrophen“ voraus. Jede einzelne dieser Katastrophen sei isoliert beherrschbar. Träfen sie jedoch zusammen, würden die Folgewirkungen unkontrollierbar, wenn nicht rechtzeitig durch einen grundlegenden Kurswechsel gegengesteuert werde. Das Heilmittel sei der „Archäofuturismus“. Die aus ihm resultierende „kontinentale Föderation“ sei ein ebenso bedeutsamer revolutionärer Akt wie die Entstehung des Römischen Reiches. Ihre Schaffung sei eine „tragische Notwendigkeit“, so Guillaume Faye in Anlehnung an Nietzsche.

Folgerichtig war auch „Das europäische Schicksal“ das Thema seines Vortrags beim Kolloquium der „neu“rechten Organisation „Terre et Peuple“, einer Fraktion des MNR von Bruno Mégret, am 7. Oktober in Paris. Unter den Disputanten finden sich Vertreter der „Neuen“ Rechten aus etlichen Ländern Europas: Georges Hupin, heute Vorsitzender des Bloc Wallon und früher langjähriger Leiter der belgischen Sektion des GRECE; der Genfer Rechtsanwalt Pascal Junod, Vorsitzender der dortigen Sektion der Synergies Européennes; Pierre Krebs vom deutschen Thule-Seminar; Roland Raes, bis zum vergangenen Jahr stellvertretender Vorsitzender des Vlaams Blok; der spanische Vizepräsident der Synergies Européennes Enrique Moreno; ein Vertreter der „padanischen“ neurechten Kulturorganisation Terra Insubre sowie ein Mazedonier. Den Abschluss

bildet „Terre et Peuple“-Chef Pierre Vial, der „für eine kontinentumspannende Union der europäischen Völker“ plädiert.

Faye hat sich in der kurzen Zeit seit dem Beginn seiner neuerlichen Aktivitäten die faktische Rolle eines Chefideologen von „Terre et Peuple“ erarbeitet und übt starken Einfluss auf die inhaltlichen Positionen der Dissidentengruppen aus dem „neu“rechten Spektrum sowie auf die Nationalrevolutionäre aus. „Terre et Peuple“ wiederum hat dem unter personellen und finanziellen Engpässen leidenden GRECE in Frankreich längst den führenden Rang unter den „neu“rechten Gruppen abgelaufen. Dabei wird eng mit den Synergies Européennes um den Belgier Robert Steuckers kooperiert. Dass gegen Faye Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen rassistischer Passagen in seinem Buch „Die Kolonisation Europas. Wahre Rede über die Immigration und den Islam“ (1999) laufen, gilt in diesen Kreisen eher als Qualitätsnachweis. Dass der stets um Reputierlichkeit bemühte Alain de Benoist und sein Zögling Charles Champetier in einem Interview mit der italienischen Zeitschrift „Area“, dem Monatsblatt des „linken“ Flügels der Alleanza Nazionale Faye als „stark rassistisch“ kritisierten, wird als Verrat ausgelegt.

### ■ „Konvergenz der Katastrophen“ ■

Die unermüdliche Autorentätigkeit Fayes hat entscheidend dazu beigetragen, den Diskurs der Mehrheit der europäischen „Neuen“ Rechten deutlich zu radikalisieren und Faye dabei zur Integrationsperson für die verschiedenen Strömungen einschließlich der Nationalrevolutionäre zu machen. Besondere Bedeutung kommt in diesem Prozess seiner jüngsten Veröffentlichung „Warum wir kämpfen. Manifest des europäischen Widerstands“ (Paris, Éditions de l'Encre, 2001) zu. Das eigentliche „Manifest“ nimmt allerdings nur den kleineren Teil des Bandes ein. Wesentlich umfangreicher ist mit knapp 200 Seiten ein „ideologisches Wörterbuch“, das von „allogène“ (fremd) über „Identität“ bis xénophilie (Fremdenfreundlichkeit) in häufig mehrseitigen Beiträgen „die Synthese unserer Weltanschauung und unserer Geschichtsbetrachtung“ bieten soll.

Dieser „europäische Widerstand“ soll sich nicht auf die Metapolitik beschränken. Kriegerisch beginnt Faye: „Die schlimmsten Kriege sind jene, die niemand erklärt hat. Sie brechen in aller Stille aus, wie ein schlimmer Sturm, und sie sind die heftigsten,

die todbringendsten.“ „Europa befindet sich im Krieg“, so seine Diagnose weiter, „und weiß es nicht.“ Dieses Europa, das Faye als Horrorszenario des „kranken Mannes der Welt“ an die Wand malt, droht diesen existenziellen Krieg zu verlieren – vor allem aus Mangel an Entschlossenheit. Die Krankheitssymptome, die er ausmacht, sind entscheidend dafür: „demographischer Niedergang“, „physische Entmännlichung“, der „Ethnomasochismus“ der hegemonialen Ideologie, der durch die „Zensoren der politischen Korrektheit“ auch im Bereich der Medien und der Rechtsprechung an der Herrschaft gehalten wird.

Das probate Gegenmittel soll wieder einmal die Reichsidee darstellen. Die Notwendigkeit eines umfassenden Gegenentwurfs, so Faye, sei nie so dringlich gewesen wie heute, da nicht nur „unsere Identität“ in Gefahr sei, sondern die angekündigte „Konvergenz der Katastrophen“ unsere Zivilisation insgesamt zu zerstören drohe. Fayes Darlegungen seit 1998 gleichen einen Mangel innerhalb der „Neuen“ Rechten aus. Denn während die wenigen Repräsentanten des GRECE in philosophische Höhen zu entschweben trachteten, hat Faye keinerlei Scheu vor Direktheit und Konkretheit. Ihn kann sogar das Fußvolk verstehen und wird ihn, so steht zu befürchten, ausgiebig nutzen.

*Jean Cremet*

### Hinweis

**Köln** – „Rechtsextremismus – Problem von Randgruppen oder der gesellschaftlichen Mitte“ lautet das Thema einer Fachtagung, die am 10. und 11. November von der Abteilung Politikwissenschaft der Kölner Universität veranstaltet wird. An Referenten sind unter anderem namhafte Wissenschaftler wie Christoph Butterwegge, Köln, Wolfgang Gessenharter, Hamburg, Christina Türmer-Rohr, Berlin angekündigt. Im Eröffnungsplenum behandeln drei Vorträge die Grundlagen der Thematik, daran schließen drei parallel laufende Diskussionsforen zu verschiedenen Aspekten des Themenkomplexes an. Auf einer Podiumsdiskussion werden dann „Gegenmaßnahmen im gesellschaftlichen Bereich“ untersucht. Am nächsten Tag findet noch eine Matinée-Veranstaltung statt: „Identität ein falscher Freund – wir und die anderen“.

Datum und Ort der Tagung: Samstag, 10. November 10.00 Uhr, bis Sonntag, 11. November, 14.00 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorgasse 3, 50670 Köln. Informationen: Tel. 0221/470-4626, fax -/470-5990; E-Mail: jochenona@gmx.net

**Aktivitäten****Zur völkischen Sekte****Horst Mahler will die NPD reformieren**

Sind Reinhold Oberlercher und Horst Mahler dabei, die NPD zu einer völkischen Sekte runterzuwirtschaften? Der Vorschlag des von den beiden Renegaten betriebenen „Deutschen Kollegs“ zur „Reformation der NPD“ sieht die NPD als „parteilpolitische Formation im deutschen Befreiungskrieg“. Die „Deutsche National-Partei“ (das Wort „demokratisch“ soll gestrichen werden) hat ausschließlich taktische Funktion. Sie soll die „Fremdherrschaft und die Parteiendiktatur“ brechen helfen. Dann soll sie sich auflösen, denn als parlamentarische Partei ist sie Teil des verhassten Systems.

Das Programm dieser reformierten NPD sieht „Entausländerung der Wohnbevölkerung in Deutschland“ und eine Art organische Sozialpolitik vor, die auf einem „Staatsarbeitsdienst“ und dem gleichzeitigen Rückzug des Staates aus vielen Bereichen der Sozialpolitik beruht. Auf so etwas könnte sich die NPD einlassen. Schwerer wird sich die Partei mit dem „Grundriss der deutschen Nationalwirtschaft“ tun, der Teil des Reformprogramms ist. Dieses Wirtschaftskonzept sieht eine „raumgerechte Nationalökonomie“ vor. Das bedeutet nicht nur eine exportunabhängige deutsche Wirtschaft, sondern auch eigenes, durch Zölle geschütztes Wirtschaften der deutschen Stämme und Landschaften. Die Wirtschaft soll entmodernisiert werden durch „Zerbrechen der Ketten in Handel und Gastronomie“, vorrangige Subsistenzökonomie und Bestrafung der Profitmaximierung. „Wer Kapital als Spekulationsobjekt zweckentfremdet, wird als Kapitalverbrecher verfolgt“. Landwirtschaftlich soll Deutschland Selbstversorger sein. Die Industrieproduktion wird vor allem durch Zölle auf Autarkie umgestellt. „Die Zukunft gehört den Hausindustrien, den teilbis vollautomatisierten Miniaturfabriken der Kleinbauern und Kleinbürger“. Um all das zu erreichen, empfehlen die Autoren dem deutschen Volk den „allgemeinen Aufstand“.

Das Reformprogramm hat neben seinen Skurrilitäten auch einige für NPD-Mitglieder attraktive Punkte. Der parlamentarische Opportunismus der Führung ist schon immer auf Widerstände gestoßen. Vorschläge wie ein garantiertes Grundeinkommen für Alle und das Abkoppelung der Landwirtschaft vom Markt sind auch keinesfalls neu. *F.P. Heller*

**Verfassungsschutz****Szene bleibt stabil**

Von internen Querelen gequälte Republikaner, eine inaktive DVU, dafür aber eine NPD, die mit ihrem Aktionismus auffälligste rechtsextremistische Partei bleibe, und eine sich stabilisierende Neonaziszene hat der NRW-Verfassungsschutz im ersten Halbjahr 2001 beobachtet.

Zwar seien auch im NRW-Landesverband der REP kritische Stimmen gegen Kurs und Person von Parteichef Schlierer zu vernehmen, doch dessen „getreue Gefolgsfrau“, die Landesvorsitzende Ursula Winkelsett, scheine die Kritiker in ihre Schranken verweisen zu können. Statt einer offenen Eskalation der Auseinandersetzung erwarten die Verfassungsschützer, dass sich Funktionäre und Mitglieder der Partei, die in Opposition zur Parteiführung stehen, resigniert zurückziehen würden.

Nach den Zerwürfnissen zwischen NPD und so genannten „Freien Nationalisten“, die unter anderem aus konkurrierenden Demo-Anmeldungen zum 1. Mai resultierten, schließen die Verfassungsschützer aus zwei Aufmärschen in Göttingen und Siegburg im Juni, dass sich das ambivalente Verhältnis beider Seiten zwischen Konkurrenz und Kooperation wieder etwas mehr in Richtung Zusammenarbeit entwickle. Wobei die Neonaziszene in Nordrhein-Westfalen sich als demonstrationserprobter erwiesen hat als die NPD. Die von einem Verbot bedrohte Partei ließ ihre Anhänger nur dreimal aufmarschieren. Hingegen riefen die „Freien“ in NRW bis inklusive 7. Juli zu elf Aufläufen – davon allein neun in der Region Dortmund und Südwestfalen – auf. Allerdings gingen die Teilnehmerzahlen gegenüber 2000 zurück, was mit einer „gewissen ‚Ermüdung‘ aufgrund der Häufigkeit derartiger Veranstaltungen“ erklärt wird.

61 Gewalttaten werden für das erste Halbjahr der rechtsextremen Szene zugeordnet. Insgesamt wurden 798 Straftaten mit rechtem Hintergrund gezählt. 93 antisemitische Straftaten registrierte das LKA.

Auch Kursioses hat der Verfassungsschutz zu bieten. So das Angebot der Kleinstorganisation „Ab jetzt Bündnis für Deutschland“: Die Splittergruppe biete potenziellen Kandidaten für die Bundestagswahl 2002 einen „sicheren“ Listenplatz an – „wenn Sie uns 5000 DM spenden“. *Tomas Sager*

## Verfassungsschutz

## Kein Ende der Gewalt

**Rechtsextreme Straftaten sind in Bayern und Hessen angestiegen. Der Freistaat beobachtet die Burschenschaft Danubia.**

Die rechtsextremen Straftaten sind in Bayern deutlich angestiegen, dies bilanziert der Bericht des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz für das erste Halbjahr 2001. Mit 943 Vorfällen hat sich die Zahl derartiger Delikte gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres nahezu verdoppelt. Im Jahr 2000 wurden insgesamt 1574 rechtsextreme Straftaten begangen, ein im zweiten Halbjahr festgestellter Anstieg scheint sich somit im Jahr 2001 fortzusetzen. Die Zahl der Gewalttaten ist mit bisher 46 Delikten (28 im ersten Halbjahr 2000, 32 im zweiten) ebenfalls deutlich angewachsen. Von den im vergangenen Jahr registrierten, überwiegend von Skinheads begangenen 60 Gewalttaten, darunter ein Tötungsversuch und 44 Körperverletzungen, waren 45 fremdenfeindlich motiviert. Als besonders schwerwiegend bezeichnen die Verfassungsschützer den Überfall von Skinheads auf einen griechischen Staatsangehörigen am 13. Januar in München, wobei wegen eines versuchten Tötungsdeliktes ermittelt werde. Mehre Tatbeteiligte wurden bisher in zwei Gerichtsverfahren zu Geld- oder Freiheitsstrafen verurteilt. Der Prozess gegen die drei Haupttatverdächtigen, darunter der Neonazi Christoph Schulte, ist seit dem 27. September vor dem Landgericht anhängig.

Mit 900 Personen hat sich das Potenzial an rechtsextremen Skinheads im Freistaat in den letzten Monaten kräftig erhöht, Ende 2000 waren es noch 780, ein Jahr zuvor 650. Neu entstanden ist nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer die politisch agierende „Fränkische Aktionsfront“, die über gute Kontakte zum NPD-Landesvorsitzenden Ralf Ollert verfüge. Nach wie vor würde die NPD mit Skinheads zusammenarbeiten, wie es sich auch durch gemeinsam durchgeführte Veranstaltungen zeige, wird festgehalten. Auf dem NPD-Bundesparteitag im vergangenen April in Lichtenhaag, Landkreis Landshut, wurde nach dem Bericht der Verfassungsschützer Kritik an dem Prozessbevollmächtigten der NPD Horst Mahler laut, dem „überhöhte Ideologisierung“ vorgeworfen wurde. Einige Funktionäre befürchteten, dass Mahlers neonazistische Argumentation „zwangsläufig in das Verbot“ führen würde, „da sie die Argumente der Antrag-

steller geradewegs bestätige“, heißt es aktuellen Halbjahresbericht. Der Mitgliederstand der bayerischen NPD wurde Ende des Jahres 2000 mit 975 Personen beziffert.

Stärkste rechtsextreme Partei in Bayern sind mit 4000 Mitgliedern nach wie vor die REP, die aber 200 Anhänger verlustig gingen. Die DVU bleibt mit 1800 Mitstreitern konstant.

Erstmals Erwähnung finden im Bericht des bayerischen Landesamtes für das Jahr 2000 die Mechttersheimer-Organisationen Deutschland-Bewegung/Friedenskomitee 2000 mit der Deutschen Aufbau Organisation. Die Gruppierung, die bundesweit auf 100 Mitstreiter geschätzt wird, umfasse in Bayern rund 100 Anhänger in lokalen Kleingruppen.

Unter Beobachtung steht nunmehr auch die Münchner Burschenschaft Danubia. Sie habe wiederholt Rechtsextremisten ein Forum für verfassungsfeindliche Positionen geboten, wird festgehalten. Aktive Mitglieder der Burschenschaft müssten künftig ihre Aktivitäten offenbaren, wenn sie in den Staatsdienst eintreten wollten, unterstrich der bayerische Innenminister Günther Beckstein

Auch in Hessen ist die Zahl der Straf- und Gewalttaten stark angewachsen, das bilanziert der Landesverfassungsschutzbericht für das Jahr 2000. Von den im Jahr 2000 begangenen 1233 (1999: 712) Straftaten waren 790 rechtsextrem, 299 fremdenfeindlich und 144 antisemitisch motiviert. Mit 43 Vorfällen (23) haben sich die Gewaltdelikte beinahe verdoppelt, die in den überwiegenden (27) Fällen aus fremdenfeindlicher und in vier aus antisemitischer Motivation begangen worden waren.

Das rechtsextreme Personenspektrum (4850) stagniert seit zwei Jahren weitgehend, jedoch ist die Zahl der Skinheads auf 550 (+ 50) angewachsen. Die DVU zählt in Hessen 1700 Anhänger. Stärkste Partei sind die REP, die entgegen dem Bundes-trend mit 1900 Mitgliedern konstant bleiben. Als besonders rührig gilt die Republikanische Jugend, die sich innerhalb kurzer Zeit von 70 auf 150 Anhänger gesteigert hat. An deren Veranstaltungen würden regelmäßig neben Personen des übrigen rechtsextremen Spektrums auch Neonazis und Skinheads teilnehmen, betonen die Verfassungsschützer. Die NPD, die in Hessen über örtliche Hochburgen (Lahn-Dill-Kreis, Wölfersheim) verfügt und in sechs Gemeindeparlamenten vertreten ist, zählt 400 Mitglieder. Breiten Raum nehmen in dem Bericht des hessischen Landesamtes auch die Aktivitäten Horst Mahlers ein, der im Internet „abstoßende und den Holocaust verharmlosende antisemitische“ Äußerungen verbreite.

*Gabriele Nandlinger*

**Grauzone****Alibi Finkelstein****Unternehmer macht Front gegen Zwangsarbeiterentschädigung**

Viele Worte macht Lutz Huth nicht. Der Geschäftsmann aus der niedersächsischen Landeshauptstadt lässt lieber andere reden. Wegen „ihrer Beihilfe zum Erpressungs- und Nötigungsversuch in Sachen 'Holocash'“ erhielt Arbeit und Leben Hannover von dem Geschäftsführer der Lutz Huth Gesellschaft eine kleine Büchersendung. „Sehr geehrter Herr Wilhelm Warner!“, schreibt Huth im beiliegenden Kurzbrief, „als Initiator des Erpressungsversuches im Raum Hannover und Handlanger jüdischer Verbrecherorganisationen erlaube ich mir Ihnen und Ihren Mittätern das Buch des Norman G. Finkelstein ‚Die Holocaust-Industrie‘ zu übersenden“. Zwar würden die Mitarbeiter von Arbeit und Leben auch zur „Holocaust-Industrie“ gehören, dennoch wünscht Huth, mit der Sendung das „stark eingegrenzt und rot eingenebelte Weltbild etwas zu erweitern“.

Anlass für die Büchersendung der Huth Gesellschaft, die in Hannover mehrere Antiquitäten- und Friseurgeschäfte und eine Grundstücksgesellschaft unterhält, ist das Engagement von Arbeit und Leben in einer Initiative für Entschädigungszahlung an NS-Opfer. Ausgehend von Begegnungen mit ehemaligen Zwangsarbeitern, welche in Hannoveraner Firmen ausgebeutet wurden, hatte die von führenden Vertretern der Gewerkschaft und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes getragene Initiative örtliche Unternehmen aufgefordert, der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ beizutreten. Einige der angemahnten Firmen traten danach auch bei. „Wir haben nur die großen Unternehmen angeschrieben“, erklärt Warner, „da wir hofften, das die kleinen Betriebe von sich aus einen Beitrag für den Entschädigungsfond leisten würden“. Auch die Lutz Huth Gesellschaft erhielt keine persönliche Aufforderung.

„Sollte Streit zwischen Ihnen aufkommen, wer dieses Buch zuerst lesen darf“, so lässt Huth Warner wissen, würde er gerne noch weitere Exemplare des auch auf der Bestsellerliste der „National-Zeitung“ stehenden Buches „zur Verfügung stellen“.

Mittlerweile hat Warner wegen Beleidigung bei der Staatsanwaltschaft Hannover Strafanzeige gegen Huth gestellt.

*Andreas Speit***Demokratische Initiativen****Menschliches Leid****Arbeitskreis erinnert an Zwangsarbeit**

Der Arbeitskreis Muna Lübberstedt begeht in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen. Seit dieser Zeit bemüht er sich darum, das Geschehen in und um die Luftmunitionshauptanstalt Lw. 2/XI zu erforschen und zu dokumentieren. Der Arbeitskreis kümmert sich außerdem um die Pflege der Gemeinschafts-Grabstelle in einer Ecke des Lübberstedter Friedhofs, errichtet von der Gemeinde. Dort sind ein ukrainischer Ostarbeiter, sieben Ostarbeiter-Kinder und vier junge jüdische Frauen und Mädchen zur letzten Ruhe gebettet; sie hatten die Monate der Zwangsarbeit nicht überlebt. Ferner hält der Arbeitskreis, als gemeinnütziger Verein mit Sitz im niedersächsischen Hambergen (Kreis Osterholz) eingetragen, die Erinnerung durch Artikel- und Buchveröffentlichungen sowie Vorträge beispielsweise in Schulen wach. Außer der Grabstelle gebe es in Region nur noch wenige sichtbare Reste, die an die Geschehnisse erinnerten, nämlich einen Splitterbunker in Bilohe, eine Lagerküche, den Bahnhof und ein Waldgelände mit Ruinen und Trümmern der damaligen Produktionsstätten, das aber zurzeit von der Bundeswehr genutzt wird.

Hintergrund: Bereits im Herbst 1939 waren in Axstedt und Lübberstedt Barackenlager für den Reichsarbeitsdienst (RAD) und für mehr als 1000 ausländische Arbeitskräfte entstanden. Im so genannten Bremer Wald westlich der Bahnstation Lübberstedt wurde dann eine Luftmunitionshauptanstalt der Luftwaffe gebaut, eine Muna. Geplant war die Produktion und Lagerung von Seeminen. „Schon bald nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion trafen auch in Lübberstedt Hunderte von Ostarbeiterinnen und Ostarbeitern ein“, berichtet Thorsten Gajewi aus Bramstedt, der Schriftführer des Arbeitskreises. „Sie waren brutal aus ihrem Lebenskreis gerissen und wie Vieh nach Deutschland verschleppt worden.“ Ihre Behandlung, so Gajewi, sei „zutiefst menschenunwürdig“ gewesen. In weiteren Lagern waren russische und serbische Kriegsgefangene sowie Italiener untergebracht. Auch KZ-Insassen wurden zu Rüstungsarbeiten eingesetzt, weiß Gajewi. Unter ihnen waren 500 ungarische Jüdinnen, die in Auschwitz für diese Arbeit selektiert worden waren und in Lübberstedt-Bilohe, einem Außenlager des KZ Neuengamme, von SS-Frauen beaufsichtigt wurden.

*Thomas Klaus*

**Demokratische Initiativen****Bleibendes Erinnern****Ein Mahnmal für die Euthanasie-Opfer**

Späte Genugtuung für die Angehörigen der Opfer der „Heil- und Pflegeanstalt“ in Wehnen im Landkreis Ammerland, dem jetzigen Landeskrankenhaus: Endlich erinnert ein Mahnmal im Krankenhauspark an die Toten, an die Opfer der Euthanasie durch die Nazis. Die Bronzeplastik stammt von der in Sande bei Wilhelmshaven lebenden Künstlerin Traudl Knoess. Finanziert wurde sie aus Mitteln des Landes Niedersachsen, des Bezirksverbandes Oldenburg, des Landkreises Ammerland, der Gemeinde Bad Zwischenahn und des Fördervereins für das Landeskrankenhaus Wehnen e.V. Auch private Spenden halfen. „Das Mahnmal lässt uns wachsam sein“, sagt Afra Cassens-Mews von der Selbsthilfe- und Interessengruppe „Angehörige von Opfern der NS-Euthanasie in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen“. Es mahne, „nie wieder zuzulassen, dass die eigentlich schutz- und hilfsbedürftigen kranken und behinderten Menschen als lebensunwertes Leben angesehen und behandelt werden“. Als am 1. September das Mahnmal im Beisein von rund 200 Gästen enthüllt wurde, erwies sich der Festsaal des Landeskrankenhauses Wehnen als zu klein. Deshalb musste auf ein Zelt ausgewichen werden; sicherlich ein gutes Omen.

„Die Euthanasie hat generationen-langes Leid über die Familien gebracht“, stellte der Historiker Ingo Harms aus Oldenburg während des Festaktes heraus. Harms verfasste ein Buch zur mörderischen Geschichte der „Heil- und Pflegeanstalt“ Wehnen und schrieb 1996 seine Dissertationsarbeit über den provozierten Hungertod in der Anlage. Mindestens 1500 Patienten fielen ihm zum Opfer. Harms war es erstmals gelungen, Einsicht in die Anstalts-Akten zu bekommen – ein Vorhaben, an dem Afra Cassens-Mews, deren Großmutter in Wehnen ermordet wurde, bereits 1971 gescheitert war. Die Überlebenden der Euthanasie hätten ihre Erlebnisse häufig nicht verarbeiten können, erläuterte Harms. So seien auch ihre Angehörigen und Nachkommen belastet worden: „Die, die der Vernichtung entkamen, entkamen nicht der Erinnerung.“

Hauptredner war Psychiatrie-Professor Klaus Dörner, der mit seiner Zunft, den Psychiatern hart ins Gericht ging. Als leitender Arzt einer psychiatri-

schen Einrichtung und als kritischer Soziologe und Historiker befasste sich der Hamburger intensiv mit der Medizin im Zeichen des Hakenkreuzes. Unter anderem sorgte er für eine vollständige Dokumentation der Nürnberger Ärzteprozesse von 1946. Auch in der Bioethik-Debatte meldete er sich deutlich zu Wort. Dörner in Wehnen: „Schizophrenie, Entartungsirrsinn und Degeneration – Ich klage die Psychiatrie an, dass sie diese Begriffe eingeführt hat.“ Das Bestreben der Psychiatrie nach einer leidensfreien Gesellschaft und nach „Abschaffung“ der chronisch kranken Menschen habe den Weg für die schlimmen Verbrechen während der Nazi-Zeit geebnet, so Klaus Dörner. Nach der Machtergreifung durch die Nazis hätten fast alle Psychiater mit innerer Überzeugung oder sogar mit Begeisterung der Zwangssterilisierung zugestimmt. In späteren Jahren – so Dörner – hätten sie dann keinen ausreichenden Mut, sich der Ermordung zu widersetzen, die die meisten Männer im weißen Kittel so vermutlich nicht gewollt hätten. Eine „jahrzehntelange Kette der Entwertung und Entwürdigung“ habe den Psychiatern innere Fesseln angelegt, betonte der Wissenschaftler. Nach 1945 sei so weiter gemacht worden, als wenn nichts geschehen wäre. „Zum Teil“, beklagte der Professor, „wurde aktiv verhindert, dass Zwangssterilisierte entschädigt und Schuldige für die Euthanasie zur Rechenschaft gezogen wurden.“ Das Leid der Opfer von damals zwingt aus Dörners Sicht zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Psychiatrie von heute. Der Vorwurf: „Wissentlich und willentlich enthalten wir hunderttausenden Bundesbürgern elementare Bürger- und Menschenrechte vor oder beschneiden sie zumindest – und schlafen gut dabei. Denn der Großteil der in Bezirks- und Landeskrankenhäusern untergebrachten psychisch kranken Menschen könnte in eigenen Wohnungen, ambulant betreut, leben.“

Thomas Klaus

**Hinweis**

**Papenburg** – Im Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager wird vom 28. Oktober bis 16. Dezember 2001 die Sonderausstellung „Psychiatrie im ‘Dritten Reich’ in Niedersachsen“ gezeigt. Inhaltliche Schwerpunkte sind insbesondere die Auswirkungen der Rassenpolitik in der Psychiatrie bis hin zu den Zwangssterilisationen nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und der Bereich der „Euthanasie“-Morde im Zweiten Weltkrieg.  
Info: T. 40961/916306, Fax /916308; E-Mail: mail@diz-emslandlager.de; www.diz-emslandlager.de

**NS-Vergangenheit****Spuren im Dunkeln**

**Von Washington freigegebene Dokumente geben möglicherweise Aufschluss über den Verbleib des Gestapo-Chefs Heinrich Müller.**

1997 waren es 15 Seiten. 1999 kamen weitere 128 hinzu und jetzt sind plötzlich 500 Blätter gefunden worden. Die ersten enthielten ziemlich belangloses Zeug. 1999 erfuhr man immerhin von einem amerikanischen Offiziellen, der Gesuchte sei am 28. Dezember 1945 in einem US-Internierungslager festgehalten worden. Der Fall sei aber am 29. Januar 1946 „geschlossen“ worden. Der Inhalt der jetzt gefundenen Dokumente ist der Öffentlichkeit noch nicht mitgeteilt worden. Man darf aber unterstellen, dass sie aufschlussreichere Informationen über den Mann enthalten, der zu den mächtigsten und öffentlichkeitsscheuesten Männern des NS-Staats gehörte: SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Heinrich Müller.

Dass er noch lebt, ist fast auszuschließen. Er wäre jetzt nämlich 101 Jahre alt. Dass er das Ende des Zweiten Weltkriegs nicht erlebt hat, ist gleichermaßen zweifelhaft. Da gibt es einerseits die Eintragung als Internierter, andererseits wurden bei der Öffnung seines angeblichen Grabes in Berlin die Reste zweier deutscher Soldaten gefunden. Sicher ist, dass Müller und seine Familie im „Führerbunker“ in Berlin waren, wo Hitler kurz vor der Befreiung seine Frau und sich umgebracht hat. Schon diese Anwesenheit zeigt, wo hoch Heinrich Müller in der NS-Hierarchie stand.

Der gelernte Polizeibeamte mit besten Zeugnissen wurde am 28. April 1900 in München geboren. Der Flugzeugführer des Ersten Weltkrieges ging nach Kriegsende in München zur Polizei und machte rasch Karriere als interner Kenner der linken Szene. Später studierte er genauestens die Methoden des sowjetischen Geheimdienstes. Dadurch fiel er dem Chef des Reichssicherheitsdienstes der SS, SD, Reinhard Heydrich auf, der ihn zu sich holte und ihm 1939 mit Kriegsbeginn die Leitung der Gestapo übertrug. Diese war Teil des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA). Müller wurde damit unter anderem Chef von Adolf Eichmann. Von nun an gehörte Heinrich Müller zu den einflussreichsten Funktionären des gesamten Reiches. Vor dem Über-

fall auf die UdSSR verhandelte er mit der Wehrmacht über die Aussonderung jüdischer Kriegsgefangener. Er schickte Eichmann in die Zentren der Judendeportationen und überwachte persönlich dessen Aktivitäten. Wenn es Widerstände gegen die Judendeportationen gab, war es Müller, der sie ausräumte.

Im Januar 1942 nahm er in Berlin an der berüchtigten Wannsee-Konferenz teil, bei der die Organisation des Holocaust festgelegt wurde. Schließlich befahl Müller 1944 die Bildung des „Sonderkommandos 1005“, das in der Sowjetunion beim deutschen Rückzug die Massengräber beseitigen ließ (siehe dazu BNR 19/01). Zuletzt diente Heinrich Müller seinen Vorgesetzten bei der Verfolgung der Widerstandskämpfer um den 20. Juli 1944. Dann wartete er das Ende des Krieges ab. Danach beginnen die Spekulationen. Die allerdings ranken sich an stabilen Hinweisen hoch. Gesehen haben will man ihn in der Schweiz, in der DDR, in Brasilien, Argentinien, Paraguay, Syrien und den USA. Wahrscheinlich ist das alles Unsinn.

Vieles spricht dagegen für die Annahme, dass er 1945 die Seiten gewechselt hat und in den Dienst des US-Geheimdienstes CIA getreten ist. Der hat nicht gerade wenige NS-Experten übernommen, wenn deren Fachwissen im Kampf gegen Kommunisten und gegen die UdSSR nützlich sein konnte. Das bekannteste Beispiel ist Klaus Barbie, der Gestapo-Chef im französischen Lyon. Ihm hat der CIA kurz nach der Befreiung ein eigenes Büro eingerichtet mit Personal und Dienstwagen. Als Barbie nicht mehr nützlich war, konnte er sich nach Südamerika absetzen. In der zweiten Hälfte der 80er-Jahre entdeckte ihn dort das Ehepaar Klarsfeld. Klaus Barbie wurde ausgeliefert, in Lyon vor Gericht gestellt und zu lebenslanger Haft verurteilt. Inzwischen ist er gestorben. Die Raketenexperten um Wernher von Braun hatte gleichfalls der CIA engagiert. Die Aufzählung ließe sich erweitern.

Dass Müller in den Dienst Moskaus getreten ist, dürfte auszuschließen sein. Dort brauchte man keine Experten zur Kommunistenverfolgung. Auch der Staatssicherheitsdienst der DDR kommt kaum als Arbeitgeber in Betracht. Gäbe es Hinweise, hätte Markus Wolff dies längst verraten. Zwar heißt es in Washington, weitere Müller-Dokumente blieben aus Sicherheitsgründen unter Verschluss. Aber einiges hat das Wiesenthal-Zentrum ja seit 1997 herausbekommen. Nun wartet man gespannt auf den Inhalt der kürzlich freigegebenen 500 Blätter.

*Heiner Lichtenstein*

## Bücherschau

## Judenhasser

## Fanatische Vollstrecker des Holocaust

In der umfangreichen Literatur über den Mord an den europäischen Juden wird die Frage, wie man den engsten Kreis der Täter um Eichmann charakterisieren soll, schon seit langem erörtert. Diese kontroverse Diskussion fand vor wenigen Jahren in Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ einen vorläufigen Höhepunkt, fußt aber vor allem auf Hannah Arendts Begriff der „Banalität des Bösen“. Yaacov Lozowick, Schüler Yehuda Bauers und Direktor am israelischen Forschungszentrum für den Holocaust in Yad Vashem, hat intensiv die Akten studiert, um sich ein komplexes Bild von den Tätern zu machen, die sowohl hinter dem Schreibtisch als auch mit dem Maschinengewehr in der Hand die nationalsozialistische Wahnidee von der „Endlösung der Judenfrage“ umsetzten.

Bereits im Untertitel der deutschen Ausgabe wird angedeutet, in welchem Kontext das Buch stehen soll. Dabei geht es dem Autor weniger um eine Replik auf Goldhagen. Viel mehr schildert er sein Unbehagen gegenüber der These Hannah Arendts von der „Banalität des Bösen“, die sie während des Prozesses gegen Eichmann in Jerusalem entwickelte. Dabei kam sie zu der Auffassung: „Außer einer ganz ungewöhnlichen Beflissenheit, alles zu tun, was seinem Fortkommen dienlich sein konnte, hatte er überhaupt keine Motive. ... Er hat sich ... niemals vorgestellt, was er eigentlich anstellte.“ Sie erkannte bei Eichmann „Realitätsferne und Gedankenlosigkeit“.

Ausgehend von diesem Unbehagen begann Lozowick seine Untersuchungen. „Je tiefer ich grub, um so unzufriedener wurde ich mit Arendts Erklärungen. Je mehr ich diese Bürokraten kennen lernte, desto fremder wurden sie mir. Mir wurde klar, es handelte sich um eine Gruppe von Menschen, die sich ihres Tuns vollständig bewusst waren, Menschen, die eine starke ideologische Motivation besaßen, Menschen mit Initiative und Geschick, die weitaus mehr leisteten, als von ihnen verlangt war. Daran kann es keinen Zweifel geben: ihnen war vollständig klar, dass ihr Tun nicht gut war, es sei denn im Rahmen des Wertesystems des Dritten Reichs. Sie hassten die Juden und waren davon überzeugt, sie loszuwerden diene dem Wohl

Deutschlands. ... Das Böse Eichmanns und seiner Kameraden hatte nichts Banales an sich.“

Dieses im Vorwort vorweggenommene Urteil untermauert Lozowick durch eine äußerst detaillierte und kenntnisreiche Darstellung der Arbeit des Referats IV B 4 im Reichssicherheitshauptamt, das Eichmann während des Krieges leitete. Zunächst schildert er den Aufbau eines Polizeiapparats, der die Durchsetzung der ideologischen Vorgaben des NS-Regimes in die Praxis unterstützen und etwaigen Widerstand brechen sollte. Innerhalb weniger Jahre entstanden feste Strukturen, die mit der zunehmenden Radikalisierung der antisemitischen Maßnahmen immer effizienter wurden. Besetzt waren die führenden, aber auch die meisten subalternen Posten, mit jungen überzeugten Nazis, die sich nicht nur um Karriere zu machen, sondern aus innerster Überzeugung heraus gegenseitig im Judenhass übertrumpfen wollten.

Konsequent, vorausschauend und mit viel Engagement schufen sie die organisatorischen Voraussetzungen für die „Endlösung“. Breiten Raum gewährt Lozowick den Kriegsjahren, in denen Eichmann und seine Untergebenen die Direktiven aus Berlin zunächst im Reich und später mit dem Vordringen der deutschen Wehrmacht in den besetzten Gebieten in die Tat umsetzen konnten.

Anhand der vielen anschaulich geschilderten Einsätze wird klar, dass es sich bei den Vollstreckern des Holocaust keineswegs um Schreibtischtäter mit begrenztem Horizont handelte, sondern um fanatische Antisemiten, die alles daran setzten, Hitlers Worte von der „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ zu verwirklichen. Mit Verschlagenheit, Tricks und roher Gewalt verstanden sie es, auch in den Satellitenstaaten, die sich gelegentlich gegen die nationalsozialistische Judenpolitik sträubten, die Deportationen in die Vernichtungslager zu organisieren.

In manchem ähnelt Lozowicks Buch Hans Saffrins „Die Eichmann-Männer“, wobei hier größeres Gewicht auf Aufbau und Arbeit der Bürokratie gelegt wurde. Das wissenschaftlich profunde, aber dennoch leicht verständliche Werk gibt einen hervorragenden Einblick in die Bürokratie, die Auschwitz erst möglich machte.

Dieter Adam

**Lozowick, Yaacov: Hitlers Bürokraten : Eichmann, seine willigen Vollstrecker und die Banalität des Bösen. Zürich 2000 (Pendo-Verlag), 407 Seiten, 49,80 Mark**

**Bücherschau****Disposition zu Gewalt**

Wie kommt es zu Fremdenfeindlichkeit als emotionaler Einstellung? Welche Bedingungsfaktoren spielen dabei eine wichtige Rolle? Und: Wie ist das Verhältnis dieser Faktoren zueinander zu bestimmen? Diesen Fragen gehen der Soziologe Klaus Wahl sowie die Verhaltensforscher Jörg Blumtritt und Christiane Tramitz in ihrer Studie „Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen“ nach.

Zunächst arbeiteten die Autoren die Ergebnisse der bisherigen wissenschaftlichen Studien kritisch auf und verwiesen gegenüber diesen auf biologische und psychische Gegebenheiten als wichtige Aspekte hin. Dabei sollte es allerdings keine einseitige Fixierung darauf geben, sondern das komplexe Zusammenspiel von Gesellschaft und Psyche bei der Entstehung von Fremdenfeindlichkeit untersucht werden. Die besondere Aufmerksamkeit der Forscher galt den Emotionen der fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen und zwar bezogen auf Aspekte wie aggressive Neigungen, Scheu vor anderen Menschen und emotionale Eltern-Kind-Beziehungen. Datenbasis für ihre Untersuchungen bildete unter anderem eine nicht repräsentative Stichprobe von 128 Jugendlichen aus den Regionen Leipzig und München, die in die folgenden Indexgruppen eingeteilt wurden: A – Jugendliche mit Furcht vor Ausländereinwanderung, B – verbale Fremdenfeinde und C – körperlich gewalttätige Fremdenfeinde. Ihnen stellte man Kontrastgruppen der Furchtlosen und nicht Fremdenfeindlichen gegenüber, um so eine stärker vergleichende Analyse vornehmen zu können. Hinzu kamen eine Reihe von ausführlichen Interviews mit Jugendlichen und Experimente wie die „Wartezimmerbeobachtung“, wobei Reaktionen auf alltägliche Begegnungen mit Fremden analysiert wurden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen diskutierten die drei Wissenschaftler dann bezogen auf gesonderte Aspekte wie die sozialstrukturellen Besonderheiten der Fremdenfeinde, affektive Reaktionen, sozio-emotionale Orientierungen, Familieneinflüsse und Sozialisation in Freundschaften und Cliques.

Dabei kamen sie zu folgenden Ergebnissen: Fremdenfeindlichkeit könnte nicht monokausal erklärt werden, sondern sei das Ergebnis des Zusammenwirkens unterschiedlicher Faktoren. Sie wollten

sich im Unterschied zur bisherigen Forschung allerdings auf die evolutiven psychischen Mechanismen konzentrieren. Als aufschlussreiches Resultat ihrer Untersuchung stellten Wahl, Tramitz und Blumtritt fest, dass ausländerfürchtende und teilweise auch ausländerfeindliche Jugendliche oft Furcht vor unvertrauten Menschen überhaupt hätten. Ein Teil von Kindern und Jugendlichen komme mit einer Grundausstattung emotionaler Dispositionen auf die Welt, die sich in der Aversion oder Scheu vor anderen, unvertrauten Menschen zeige. Diese emotionale Grundeinstellung stelle einen wichtigen Faktor bei der Verarbeitung von kulturellen und sozio-ökonomischen Situationserfahrungen dar und erkläre, warum bestimmte Wahrnehmungen bei psychisch in gewisser Weise Vorgeprägten zu Fremdenfeindlichkeit führten und bei entsprechend anders Eingestellten eben nicht. Ein präventives Vorgehen müsse demnach in der frühen Kindheitsphase ansetzen und sich auf die individuelle emotionale Entwicklung konzentrieren.

Die Studie beeindruckt aus mehreren Gründen. Auf Basis umfassender Kenntnisse über die bisherige Forschung wird diese analytisch wie methodisch konstruktiv für das eigene Vorhaben aufgearbeitet. Die Autoren gehen nicht indisziplinär vor, sondern arbeiten mit unterschiedlichen Datengrundlagen. Dies ermöglicht vergleichende Betrachtungen, womit die Ergebnisse besser abgesichert werden können. Letztendlich läuft die Untersuchung auf die These hinaus, emotionale und soziale Auffälligkeiten im Kindesalter bedingen spätere Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft. Damit wird durchaus überzeugend auf einen bislang von der Forschung noch nicht genügend zur Kenntnis genommenen Aspekt hingewiesen. Gleichwohl besteht durch die besondere Herausstellung dieses Aspektes die Gefahr einer Biologisierung und Psychologisierung der Fremdenfeindlichkeit, die dann als unabänderliche natürliche und mentale Disposition gilt. Es wäre unabdingbar gewesen, hier das Verhältnis von individualpsychologischen und gesellschaftspolitischen Aspekten breiter darzustellen. Daraus hätten nicht nur auf die Kindheitsphase bezogene Präventivmaßnahmen abgeleitet werden können. Auch beim Bestehen der genannten psychischen Disposition zu Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gibt es keine zwingende Notwendigkeit, dass Individuen einen solchen Weg gehen müssen.

*Armin Pfahl-Traugher*

**Klaus Wahl/Christiane Tramitz/Jörg Blumtritt, Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen, Opladen 2001 (Leske+Budrich), 364 Seiten, 49,80 DM.**

## Meldungen

## Inland

■ **Berlin** – Horst Mahler gibt in einem Beitrag für das antisemitische Hetzblatt „Top Secret“ (3/2001) seiner Hoffnung kund, „dass der Aufstand der Anständigen Deutschen dem Vasallen-Staat ‘Bundesrepublik Deutschland’ ein schnelles und schmerzloses Ende bereiten möge.“ „Überall im Lande“, so Mahler, wachse „die Wut gegen die Verräter des Deutschen Volkes“. Mahler behauptet, dass nicht die Hitler-Regierung den 2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen, sondern US-Präsident Franklin Roosevelt „ihn planmäßig herbeigeführt hat, um das Deutsche Reich zu zerstören und das Britische Weltreich zu beerben.“ Wurzel allen Übels sei die „US-Ostküste“, die sich „die Welt untertan“ machen wolle. Herausgeber von „Top Secret“ ist der österreichische Holocaust-Leugner Walter Ochsenberger.

■ **Berlin** – Eine umfangreiche Link-Liste auf der Homepage baut derzeit das Christlich-Konservative Deutschland-Forum (CKDF) auf. Das CKDF versteht sich als „politische Organisation von Mitgliedern der CDU und ihr nahe stehenden Bürgern, deren Ziel es ist, das weitgehend verloren gegangene christlich-konservative und nationalliberale Element in der CDU und in der deutschen Gesellschaft zu sammeln und zu stärken“. Auf der Link-Liste des CKDF finden sich unter anderem die rechtsextremen Organisationen Cannstatter Kreis, Heimatreue Jugend, Der Freibund, Die Deutschen Konservativen, die völkisch-elitäre Deutsche Hochschulgilde Westmark, die rechtsklerikale Evangelische Notgemeinschaft sowie der Konservative Gesprächskreis Hannover, der mit Alfred Mechtersheimer paktiert.

■ **Coburg** – Der 28-jährige Jürgen Baumgärtner, oberfränkischer Bezirksvorsitzender der Jungen Union und Oberleutnant der Bundeswehr in Hammelburg, sieht sich im Rahmen seiner angestrebten Bundestagskandidatur für die CSU mit seiner braunen Vergangenheit konfrontiert. Baumgärtner gehörte, nach Eigenaussage, als 16-Jähriger der neonazistischen Knastorganisation HNG an. Außerdem nahm er in Wunsiedel an einem „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ teil. In den HNG-Nachrichten vom März 1993, also vor achteinhalb Jahren, wird ein Jürgen Baumgärtner als säumiger Beitragszahler auf der „Schwarzen Liste“ geführt. Nach Angabe des „Coburger Tagblatt“ führte Baumgärtner schon

im September 1992 Diskussionen wegen seiner politischen Vergangenheit. Als er zur Bundeswehr kam, wurde er vom MAD drei Mal überprüft.

■ **Dresden** – Angaben der Anti-Antifa strukturierter „Heimatfrontinformationsseite – Selbstschutzgruppen aus Süd- & Ostsachsen“ zufolge formieren sich bundesweit „nationale Selbstschutzgruppen“. Deren „Sinn und Zweck“ sei die „Aufklärung und Aufdeckung von linken-anarchistischen Strukturen. Die „Selbstschutzgruppen“ haben sich das Ziel gestellt, linke Strukturen im Raum Dresden – Freital – Pirna – Löbau – Görlitz aufzudecken und zu veröffentlichen. Die Kameraden werden unter anderem aufgefordert, Fotos über antifaschistische Aktivitäten für die Archivierung bei den „Selbstschutzgruppen“ zur Verfügung zu stellen.

■ **Mannheim** – Der ehemalige Herausgeber des Skinhead-Zines „Doitsche Offensive“, Manuel Jakob aus Mannheim, konzentriert sich inzwischen ganz auf die Musik. Nach seiner Haftentlassung Ende vergangenen Jahres ist der 20-Jährige mit dem Spitznamen „Straßenköter“ als Schlagzeuger bei der saarländischen Band „Jungsturm“ eingestiegen. Der Sänger und Organisator der Band aus Bexbach, Frank, hat sich von den bisherigen Musikern getrennt, weil diese offenbar nicht „linientreu“ waren. Im Sommer ist die erste CD der Gruppe erschienen. Obwohl die Texte den Bereich des Strafrechts nicht berühren, haben die Musiker als Aufnahme-datum November 1998 angegeben, um die Verjährungsfristen der einschlägigen Paragraphen auszuhebeln. Jakob war Ende vergangenen Jahres auf Bewährung vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen worden. Die Band „Jungsturm“ ist unter anderem in diesem Jahr beim „Blood&Honour“-Konzert in Flandern aufgetreten. Auf der Homepage der in Deutschland verbotenen Skinhead-Organisation wird „Jungsturm“ vor allem für die Cover-Versionen von Liedern der Gruppen „Tonstörung“ und „Landser“ gelobt.

■ **Neustadt-Glewe** – Auf ihrem 30. Bundeskongress am 22. September in Neustadt-Glewe (Mecklenburg-Vorpommern) haben die Jungen Nationaldemokraten ein Positionspapier zum „Amerika-Attentat“ verabschiedet. Darin schließen die JN nicht aus, dass es sich bei den Anschlägen in den USA um eine strategische Operation westlicher und israelitischer Geheimdienste handeln könnte, und zwar mit dem Ziel, in einer für israelische und US-amerikanische Hegemonialbestrebungen kritischen Phase die uneingeschränkte militärische Überle-

genheit der US-Streitkräfte voll zur Geltung zu bringen.“ Verantwortlicher „Amtsleiter Presse“ im JN-Bundesvorstand ist Tobias Bär.

■ **Nürnberg** – Die am 12. Mai im fränkischen Betzenstein gegründete Freiheitliche Initiative Deutschland e.V. (FID) knüpft Eigenangaben zufolge derzeit „intensive Kontakte zur FPÖ“: „Die FID ist bereits jetzt die Vorstufe eines länderübergreifenden europäischen Bündnisses freiheitlicher Parteien, wie es von Jörg Haider angeregt wurde“ – betonte Claudia Wiechmann, Vorsitzende der Freiheitlichen Deutschen Volkspartei und Fraktionschefin im sachsen-anhaltinischen Landtag, in einem aktuellen FID-Flugblatt. Die Magdeburgerin Wiechmann ist neben dem Münchner Wilfried Biedermann und Helmut Reichmann aus dem schleswig-holsteinischen Lehpahn eine von drei gleichberechtigten FID-Sprechern. Die Geschäftsstelle leitet Jobst-Bernd von Lindenfels aus Nürnberg. Schatzmeister ist Harald Nawroth, als Beisitzer amtieren Walter Pfeiderer, Nürnberg, und Helmut Wolf, Magdeburg.

## Ausland

■ **Spanien (Madrid)** – Ricardo Saenz de Ynestrillas (35), Anführer der 1995 gegründeten Neonazitruppe Alianza por la Unidad Nacional (AUN), muss wegen versuchten Totschlags für sieben Jahre in Haft. Der Oberste Gerichtshof in Madrid sah es als erwiesen an, dass Ynestrillas im September 1997 auf einen Drogenhändler geschossen hat, der sich geweigert hatte, dem Neonazi Kokain auf Pump zu verkaufen. Die Franco-treue AUN, die alljährlich im November anlässlich des Todestages des spanischen Diktators einen Marsch durch die Madrider Innenstadt organisiert und mit ausländischer Beteiligung durchführt, unterhält seit Jahren Verbindungen zur NPD und den Jungen Nationaldemokraten (JN).

■ **Österreich (Wien)** – Die Verurteilung des Neonazis Robert Dürr wegen NS-Wiederbetätigung und Verstoßes gegen das Verbotsgesetz ist rechtskräftig. Dürr hatte unter anderem in dem Machwerk „das Antifa-Handbuch“ und in den „PNO-Nachrichten“ NS-Gedankengut propagiert, Adolf Hitler glorifiziert und die deutsche Kriegsschuld verneint. Das Strafmaß beträgt zwei Jahre Freiheitsstrafe, von denen Dürr, vormals FPÖ-Funktionär und heute führender Anti-Antifa-Aktivist in Österreich, sechs Monate absitzen muss. Die Aufforderung zum Antritt der Straftat hat Dürr durch das Oberlandesgericht Wien bereits erhalten.

## Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

### Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 9  
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861  
Heft 21-2001 / Abo 5292719000  
Antifaschistisches Pressearchiv  
und Bildungszentrum Berlin e. V.  
Falkensteinstr. 46  
10997 Berlin

■ **USA (New York)** – Die verheerenden Attentate gegen die USA könnten auch einem rechtsextremen Drehbuch entstammen. Schon 1978 ließ der Hitler-Verehrer William Pierce (Jg. 1933) in seinem rechtsterroristischen Machwerk „The Turner Diaries“ einen Kamikazeflieger mit einem Flugzeug in das Pentagon stürzen. In einer apokalyptischen Szene wird die Zerstörung New Yorks als dem „jüdisch dominierten und verseuchten Zentrum des Weltkapitals“ beschrieben. Lustvoll lässt Pierce unter seinem damaligen Pseudonym Andrew Macdonald die „100 Stockwerke der Wolkenkratzer“ in sich zusammenstürzen. Pierce ist Anführer der Neonazigruppe National Alliance (NA) in den USA, die eng mit der NPD und den JN liiert ist.

## Impressum

### Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH  
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin  
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

### Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)  
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin  
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499  
e-mail: nandlinger@bnr.de  
Internet: <http://www.bnr.de>

### Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)  
Heiner Lichtenstein (Köln)

### Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

### Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20  
38112 Braunschweig

Erscheint 14-tägig, Bezug nur im Abonnement  
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und  
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum  
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,  
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.